



UNSER **PLAN B** GEGEN CORONA

Unser Antrag zur unmittelbaren Behandlung in der Fuldaer
Stadtverordnetenversammlung - Wir fordern:

Gesundheitssystem hochfahren, statt an die Wand fahren.

Zuversicht & Zusammenhalt statt Panik & Spaltung.

Corona-Therapiemöglichkeiten verbessern.

Kein Zwang, keine Unterdrückung, keine Impfpflicht.

Endlich wieder leben. Wie ein normaler Mensch.

Lesen Sie unsere Antragsbegründung auf den folgenden Seiten.

STADT FRAKTION



AfD

FULDA



in Fraktion mit **bündnis C**

Nein zur Diskriminierung gesunder Menschen. Ja zum **Plan B** gegen Corona.

Das „B“ steht für

- **Die Bewahrung von Grund- und Freiheitsrechten.**
Denn Grundrechte sind Grundrechte – keine Geimpftenrechte.
- **Die Besserung im Bereich der Corona-Therapiemöglichkeiten.**
- **Die Befreiung aus einem System der Unterdrückung und des Zwangs,** das die Regierenden unter dem Deckmantel der Gesundheit geschaffen hat.
- **Bewusstwerden, dass wir unser Gesundheitssystem aus der Profitmaximierung herausholen und die Arbeitsbedingungen verbessern müssen!**

Für Einigkeit und Recht und Freiheit.

Deutschland ist zerrissen. Zwischen Geimpften und Ungeimpften sind tiefe Gräben, die die politische „Elite“ mit ihren Schaufelbaggern der Spaltung ausgehoben haben. Schuld sind nicht die Ungeimpften. Schuld ist die Politik, die mit Zwang und Bevormundung auf die Impfung als alleiniges Heilmittel und „Game-Changer“ setzt. Auf eine Impfung, die so „gut“ wirkt, dass permanent „geboostert“ werden muss. Und wer eben nicht die halbjährliche Spritze will, gilt als ungeimpft. Die rund 70 Prozent der Deutschen (die mehr oder weniger freiwillig ihre Ärmel für zwei Spritzen hochkrepelten) müssen sich halbjährlich nachspritzen lassen. Kommt dann die erhoffte Normalität? Fehlanzeige. Denn statt echter Normalität bleibt's beim Ausnahmezustand mit der Corona-Varianten-Varietät.

„Eine Impfpflicht wird es nicht geben!“, wurde uns garantiert. Jetzt steht sie vor der Tür. Mit halbjährlichem Impf-Abo. Die Impfpflicht kommt nicht wegen der Ungeimpften.

Sie kommt wegen einer machtbesessenen politischen „Elite“. Statt auf Zuversicht zu setzen und das Gesundheitssystem hochzufahren, verbreitet man weiter Panik und fährt unser Land an die Wand.

Impfpflicht ist Eintrittskarte ins Überwachungs- und Zwangsregime

Die Impfpflicht ist nicht die Eintrittskarte in die Normalität. Sie ist die Eintrittskarte in ein Überwachungs- und Zwangsregime, das unter dem Deckmantel der "Bleiben Sie gesund"-Propaganda unsere Grundrechte mit Füßen tritt und an einer Rückkehr zur echten Normalität gar nicht interessiert ist. Mit der allgemeinen Impfpflicht gesellt sich Deutschland in die Reihe der „Vorzeige-Demokratien“ Turkmenistan oder Tadschikistan.



180°-Wende!

... ist nötiger denn je. Seit Beginn der Corona-Maßnahmen im Frühjahr 2020 läuft das Leben der Menschen einfach nicht mehr normal. Auch in der Stadt Fulda nicht.

Unlogik und Nebenwirkungen der Impfung

Ungeimpfte sollen von der Wirksamkeit der Impfung weiterhin überzeugt werden. Geimpfte sollen aufgrund der schlechten Wirksamkeit der ersten und zweiten Impfung von der Booster-Impfung überzeugt werden.

Die Vielzahl der berichteten Impfnebenwirkungen wird öffentlich nicht thematisiert. Bei der Werbung z.B. für Kopfschmerztabletten aber wird ausnahmslos auf Risiken und Nebenwirkungen sowie auf die Rücksprache mit einem Arzt oder Apotheker verwiesen.

Immer mehr Arztpraxen lehnen die Teilnahme an der Impfkampagne ab. Es heißt: „Die in unserem Patientenkontext erkennbare Nebenwirkungsrate erscheint uns zu hoch, die Schutzwirkung vor allem auf Dauer zu niedrig.“

Dass die Maßnahmen der Bundesnotbremse durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungskonform beschieden wurden, ändert nichts an unserer Feststellung: Die politische Führung hat dilettantisch – wie bei vielen anderen Krisen auch – reagiert und gehandelt. Denn das Ergebnis dieser Maßnahmenpolitik ist erschreckend. Eine Verbesserung oder gar eine Rückkehr zur Normalität ist gar nicht erkennbar und scheinbar auch gar kein Ziel der politischen Agenda. *Eine Rückkehr zur Normalität ist ganz offensichtlich überhaupt nicht erwünscht!*

Zum Nachdenken:

> Warum macht die Regierung die Ungeimpften zum Sündenbock für ein abgewirtschaftetes Gesundheitssystem?



Unser Plan B ist ein erfolgversprechender Ausweg aus der Krise.

Auch die österreichische FPÖ hat bereits vor Kurzem ihren mit Hilfe von Experten und Ärzten ausgearbeiteten „Plan B“ präsentiert, um das Land aus der Sackgasse der Regierung zu manövrieren. Im Mittelpunkt stehen folgende Punkte, deren Umsetzung eine Kehrtwende zum Positiven in der Corona-Politik bewirken kann.

Ist die Impfung doch nicht der versprochene «Game-Changer»?

► Eine Anfrage der AfD-Fraktion ergab folgende Antwort zu Impfquote und Inzidenzwert im Landkreis Fulda:

STICHTAG:	IMPFQUOTE:	INZIDENZ: (PRO 100.000 EINWOHNER)
01.09.2020	0%	8,1
01.09.2021	64,30%	100,8

Eine Anfrage unserer Fraktion hatte ergeben:

Am 1. September 2020 lag die Impfquote bei 0 %. Die Anzahl der positiv-Getesteten bei 8,1.

Ein Jahr und über 140.000 Impfdosen später lag die Anzahl positiv-Getesteter bei 100,8 - bei einer Impfquote von 64,30 %.

Willenbrecher-Lockdown für Ungeimpfte

Als bislang letzten Akt des Angriffs auf Gesunde und durch die 3G-Regel am Arbeitsplatz hat die Landesregierung nun einen Quasi-Lockdown über Ungeimpfte verhängt. Wer gesund durch die Pandemie kam, wird nun quasi inhaftiert, ohne etwas Unrechtes getan zu haben. Arbeiten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen: Ja. Teilnahme am Gesellschaftsleben, Einkäufe etc.: Nein!

Dieser verfassungswidrige Schritt, der gegen alle Grund- und Freiheitsrechte verstößt, bildet eine neue „Qualität“ von Menschenverachtung und Kaltherzigkeit.

Mit diesem Schritt treibt die politische Führung ihre Hetzkampagne gegen Ungeimpfte auf einen neuen traurigen Höhepunkt und tritt aus ihrer gescheiterten Corona-Strategie die Flucht nach vorne an. Es handelt sich um reine Sündenbockpolitik ohne Beachtung irgendeiner medizinischen Evidenz. Denn es ist nun einmal Tatsache, dass gerade die mangelhafte Wirksamkeit des Impfstoffes die Pandemie weiter vorantreibt.

Gesundheitsdezernent Schmitt und Co. verschließen die Augen vor explodierenden „Inzidenzen“ in

Ländern mit hoher Impfquote genauso wie sie die steigende Zahl an Impfdurchbrüchen ignorieren. Die „hohe Politik“ läuft mit dem Impfbrett vor dem Kopf gegen die Wand. Die Infektionszahlen werden trotz dieser Diskriminierungsmaßnahme weiter steigen. Angemerkt sei zudem auch: Ein anlassloser, positiver Corona-Test sagt zunächst nichts über eine tatsächliche Erkrankung aus. Sogar das Deutsche Netzwerk Evidenzbasierte Medizin macht klar: „Für Personen, bei denen kein begründeter Verdacht auf eine Infektion vorliegt, ist die Aussagekraft eines einzelnen positiven Testergebnisses verschwindend gering.“

Diese Vorgangsweise widerspricht auch ganz klar der Entschließung 2361 (2021) des Europarats vom 27. Januar 2021, die eine Diskriminierung von Covid-19-Ungeimpften ganz klar verurteilt und ausschließt.

Dabei erweist sich auch das 2G Modell als schwerwiegender Fehler. Geimpfte werden in einer Sicherheit gewährt, die ihnen die aktuellen Impfstoffe nicht verschaffen. Die Folge sind Hotspot-Events auch auf 2G Veranstaltungen und eine Vielzahl von erkrankten, vollständig geimpften Bürgern.

Um Ihnen direkt zu helfen, haben wir ein juristisches Gutachten erstellen lassen, das Ihnen nützlich sein kann. Damit wollen wir die rechtlichen Abwehrkräfte der Bürger gegen eine machthungrige Administration stärken.

**Unser juristischer Schutzschild
gegen einen übergriffigen Staat**

MELDEN SIE SICH UNTER

www.afd-fulda.de/schutzschild



Grund- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt

Lockdowns, Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Zutrittsbeschränkungen, Testpflicht und ein Impfwang wurden in Stellung gebracht. Die „hohe Politik“ will damit eigenen Angaben zufolge das Land sicher durch die Pandemie bringen.

Das Ergebnis sieht leider anders aus: Die Maßnahmen hatten einen beinahe irreparablen Schaden für die Wirtschaft unserer Region zur Folge, die Zahl der Menschen in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stieg an.

Kollateralschäden: Die „Medizin“ schadet mehr als die Krankheit.

Firmenpleiten und zerstörte Existenzen von Klein- und Mittelunternehmern sowie soziale, kulturelle und auch gesundheitliche Kollateralschäden abseits von Corona, ein rasanter Anstieg an Patienten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie als Folge von Heimunterricht und Lockdown sind das Ergebnis der Corona-Politik.

In der größten Krise unseres Landes war es dabei Mitgliedern der CDU-Bundestagsfraktion in der vorangegangenen Legislatur nicht einmal peinlich, über Masken- und Hilfsgüterdeals umfangreiche Provisionszahlungen zu erzielen und sich persönlich an der Not der Mitbürger zu bereichern.

Pandemie der gebrochenen Versprechen

Die Bürger wurden dabei von Beginn an mit immer neuen weiterreichenden Maßnahmen konfrontiert. Angeblich sollten diese Maßnahmen auch nicht lange anhalten.

Wenn wir alle vier Wochen Masken tragen, ist die Pandemie vorbei.

Wenn wir vier Wochen Wellenbrecher-Lockdown einhalten, ist die Pandemie vorbei und wir können Weihnachten ungehindert feiern.

Wenn wir einen Impfstoff haben, ist es vorbei.

Nur ein paar Wochen, hieß es. Doch die „hohe Politik“ nahm den Menschen bislang 20 Monate ihres Lebens. Die Bürger trugen Masken, ließen sich impfen und boostern. All das aber reicht angeblich noch nicht.

Zum Nachdenken:

> Warum verspricht die Politik mehr, als die Impfstoffe halten?

Impfung ist nicht der „Game-Changer“

Seitdem die Impfstoffe mit nur bedingter Zulassung auf den Markt kamen, fokussierte sich die politische Führung auf die Impfung als einzigen Ausweg aus der Krise. Die Versprechungen, was die Impfung alles könne, wurden allerdings immer weiter abgeschwächt.

Überschriften im Wandel:



In Fulda sollten die Impfungen weiter nach oben getrieben werden: Mit der breit angelegten Impfkampagne #ÄrmelhochFulda. Sie kostete viel Aufwand und viel Geld. Im Laufe der Zeit wurden die Aussagen immer vorsichtiger. Es hieß dann:

Die Impfung schützt vor schweren Verläufen.

Die Impfung verhindert, dass man auf der Intensivstation landet.

Unter die Zahl der Neuinfektionen mischen sich immer mehr Impfdurchbrüche. Entgegen der Versprechungen versterben auch jeden Tag Menschen in deutschen Kliniken, die vollständig geimpft waren. Nach Bayerns Ministerpräsident Markus Söder Aussage kommt heraus, dass zehntausende Patienten, bei denen der Impfstatus unbekannt ist, einfach zu den Ungeimpften gerechnet werden. Die Stadt Weimar veröffentlicht keine Zahlen mehr zu Geimpften auf den Intensivstationen. Das wäre Wasser auf die Mühlen der „Coronaleugner“. Anstatt die Wirksamkeit der Impfpräparate zu hinterfragen, baut die politische Führung ein Zwangsregime auf. Dieses Zwangsregime hat das einzige Ziel, all jene, die bislang aus unterschiedlichsten Gründen nicht geimpft sind, an die Nadel zu zwingen.

Kein Zwang!

Keine Impfpflicht. Impfen muss freiwillig sein.

Über allen Maßnahmen steht das Prinzip der Freiwilligkeit. Jeder, der sich impfen lassen will, soll das tun – aber nicht an der Supermarktkasse, im Bus oder gar im Bordell, sondern nach einem Gespräch mit dem Arzt des Vertrauens. Für die Impfung von Kindern und Jugendlichen gibt es keinen Grund. Jeder, der sich am Ende nach einem Aufklärungsgespräch mit dem Arzt des Vertrauens und der Abwägung der positiven und negativen Auswirkungen gegen die Impfung entscheidet, der darf keinen Nachteil daraus erhalten.

Antikörper-Erhebung

Flächendeckend.

Die Grundlage für den „Plan B“ soll eine flächendeckende Antikörper-Erhebung sein, denn nur dann weiß man, wer sich nicht infizieren kann bzw. mit maximaler Wahrscheinlichkeit vor einer Infektion geschützt ist. Wer eine entsprechende Anzahl an Antikörpern aufweist, der hat einen Schutz und muss als immunisiert gelten.

Es muss dabei egal sein, ob diese Antikörper aus der Impfung, einer erwiesenen Corona-Infektion oder aus einer Infektion kommen, die jemand gar nicht bemerkt hat. Ab einem entsprechenden Antikörper-Level gilt man als immunisiert. Es ist für uns unverständlich, warum die „hohe Politik“ bislang kein Interesse an dieser Statuserhebung hat. Stattdessen sollen offenbar alle diskriminiert werden, die nicht an einer experimentellen Impfung teilnehmen wollen. Aus der großen Antikörperstudie würde auch eine solide Datenbasis über die Wirksamkeit der Impfung und sogar der einzelnen Impfstoffe geschaffen werden.

Bei all jenen, die keine Antikörper haben, sollte mit PCR-Tests gearbeitet werden, sobald sie Symptome haben. Und dann muss sofort ein Arzt die Behandlung des mit dem Coronavirus infizierten Patienten übernehmen. Damit gelingt eine Rückkehr zur medizinischen Normalität. Die Betreuung von Infizierten und Erkrankten darf nicht in der telefonischen Ansprache des Gesundheitsamts erfolgen, sondern muss vom Arzt übernommen werden. Dabei ist es egal, ob jemand geimpft ist oder nicht.

Frühzeitige Behandlung durch einen Arzt zur Schonung des Gesundheitssystems

Ein Schwerpunkt des „Plan B“ ist die frühzeitige Behandlung von symptomatischen Menschen, damit ein schwerer Krankheitsverlauf mit Hospitalisierung verhindert werden kann. Bei Covid-19 handelt es sich um eine Virusinfektion der oberen Atemwege. Für deren Behandlung gäbe es eine Reihe zugelassener Medikamente, die – vom Arzt auf den jeweiligen Patienten zugeschnitten – zur Anwendung kommen können und müssen.

Für die mögliche zweite Phase, die Entzündungsphase der Gefäßwände, gibt es ebenfalls eine Vielzahl an Medikamenten, die schon jetzt im Einsatz sind und die sich bewährt haben, wie etwa Cortison in verschiedenen Abstufungen, Blutgerinnungsmittel, sowie Mittel, die die Viruslast senken können. Es gibt dabei kein Patentrezept für alle. Es gibt aber ein sehr gutes Arsenal an Wirkstoffen, das ein Arzt auf Basis des individuellen Risikoprofils des Patienten anwenden kann und soll. Auf diese Weise erreicht man eine hohe Wahrscheinlichkeit, schwere Verläufe zu verhindern. Das entlastet unser Gesundheitssystem, mit dessen Auslastung derzeit das Herunterfahren unseres Landes begründet wird, welches aktuell wieder – für Ungeimpfte – vom Gesundheitsminister verordnet wurde.

Forschung und Weiterentwicklung von Medikamenten

Impfstoffhersteller machen Milliarden Gewinne. Deutschland hat bislang 9 Mrd. Euro für Impfdosen bezahlt.

Für die Entwicklung von Impfstoffen waren es 1,3 Mrd. Euro. Wie die Impfung „wirkt“, sehen wir ja. Die Entwicklung von Medikamenten hingegen unterstützte die Regierung lediglich mit 50 Mio. Euro. Man erkennt die Schwerpunkte.

Zum Nachdenken:

> Warum sind die Verträge der EU mit den

Impfstoffherstellern massiv geschwächt?

Gesundheitssystem hochfahren!

Den rund 30 Prozent der Ungeimpften gibt man die Schuld für den drohenden Kollaps des Gesundheitssystems. Das aber hat nicht der ungeimpfte Steuer- und Beitragszahler zerstört. Es war die Politik, die es über Jahrzehnte heruntergewirtschaftet hat. Jetzt werden die Ungeimpften als Sündenböcke diffamiert.

Schon vor Beginn der Panik-Pandemie, im Herbst 2020, warnte der Bundesrechnungshof: 10 % der Kliniken seien von Insolvenz bedroht, 40 % verzeichneten massive Verluste.

Profitmaximierung hat unser Gesundheitssystem heruntergewirtschaftet. Im Jahr 2005 gab es noch 2.139 Kliniken in unserem Land. Im Jahr 2019 mehr als 200 weniger: 1.914. In 2005 wurde das „DRG“-Abrechnungssystem für Krankenhäuser eingeführt.

Dadurch und seitdem steht Gewinnmaximierung an erster Stelle. Wir von der AfD wollen ein Ende des DRG-Systems. Es führt zur Vernachlässigung der Patienten und gleichzeitig zur Überlastung des Krankenhauspersonals.

Mit Blick auf die Privatisierungen hieß es schon 2007 im Deutschen Ärzteblatt: Wegen des ökonomischen Drucks sind Personalkosten ein entscheidender Faktor. Besonders private Träger wollen Personalkosten „schnell und deutlich“ reduzieren. Mit der „Krankenhausstrukturfonds-Verordnung“ fördert der Staat Krankenhaus-schließungen.

Wir müssen unser Gesundheitssystem wieder hochfahren, statt es weiter an die Wand zu fahren!



**Zuversichtlich in
die Normalität!**

In Ländern wie Schweden gibt es keinen Zwang. In etlichen US-Bundesstaaten auch nicht. Ebenso wenig eine Impfpflicht. In diesen Ländern können die Bürger ohne Lockdown und Einschränkungen wie normale Menschen leben.

**Der „Plan B“ kombiniert Freiheit und
Gesundheit und spielt diese beiden
Werte nicht gegeneinander aus.**

Zwang wird durch Freiheit ersetzt. Der „Plan B“ beendet die Spaltung der Gesellschaft und das Gegeneinander, in das die Menschen von der Administration hineinmanövriert worden sind. Und der „Plan B“ ersetzt Angst und Panik durch begründete Hoffnung und Zuversicht.

*Endlich wieder leben.
Wie ein normaler Mensch.*

***Ja zum
Plan B!***

Vi.S.d.P.: AfD/Bündnis C-Fraktion, Vorsitzender Pierre Lamely, Postfach 12 16, 36002 Fulda

Deutschland. Aber normal.

www.afd-fulda.de/stadtfraktion-fulda

